

# European Progressive Economists Network

Firenze 10+10, 9. November 2012

## *Pressemitteilung*

Das **European Progressive Economists Network** ist auf dem Sozialforum Firenze 10+10 auf Initiative der EuroMemo Group, *Économistes Atterrés* aus Frankreich, *Sbilanciamoci!* aus Italien und *Another Road for Europe* gegründet worden. Darin haben sich "dissidente" Ökonomen und Think Tanks zusammengeschlossen, darunter *Econosphères* aus Belgien, *Econonuestra* aus Spanien, das *Transnational Institute*, das *Critical Political Economy Network*, *Transform!* und viele andere Organisationen. Das **European Progressive Economists Network** hat das folgende Papier über wirtschaftliche Alternativen für Europa formuliert und will sich an Initiativen und Veranstaltungen beteiligen, die in der Folge von Firenze 10+10 entstehen werden.

Für Informationen: [anotherroadforeurope@gmail.com](mailto:anotherroadforeurope@gmail.com), [atterres@gmail.com](mailto:atterres@gmail.com)

## **Gemeinsamer Appell für eine andere Wirtschaftspolitik für Europa**

Das European Progressive Economists Network ist ein Zusammenschluss von Ökonomen und anderen Forschern, Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Wir kritisieren die vorherrschende Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Europa in die aktuelle Krise getrieben hat, und wollen eine europaweite Debatte über eine alternative Politik initiieren. Diese sollte auf den folgenden sechs Punkten basieren.

1. Die Spar- und Kürzungsmaßnahmen müssen zurückgenommen und die drastischen Bedingungen, die den Ländern für Hilfe aus dem Rettungsfonds auferlegt wurden, radikal geändert werden, angefangen mit Griechenland.  
Die gefährlichen Zwänge des Fiskalpakts müssen abgeschafft werden, sodass die Staaten öffentliche Ausgaben, soziale Sicherungssysteme, Löhne und Gehälter schützen können. Um einen nachhaltigen und gerechten Fortschritt zu ermöglichen, sollte die EU erheblich stärker die Nachfrage stimulieren und Vollbeschäftigung fördern.  
Die europäische Politik sollte die aktuellen Handelsbilanzdefizite reduzieren, indem auch Exportüberschussländer zu Anpassungen verpflichtet werden.
2. Die Politik muss die wachsende Ungleichheit durch Umverteilung verringern. Dafür sollte die Fiskalpolitik in den Mitgliedsstaaten der EU dem Steuerwettbewerb ein Ende setzen und die Steuerlast weg von der Erwerbsarbeit, hin zu einer höheren Besteuerung von Gewinnen und Reichtum verschieben. Die Politik muss den öffentlichen Dienst und die sozialen Sicherungssysteme begünstigen. Die Erwerbsarbeit und die Tarifautonomie müssen geschützt werden, denn Arbeitsrechte sind ein zentraler Bestandteil der europäischen demokratischen Rechte.
3. Europa steht einer Finanzkrise gegenüber, die durch die Wechselwirkung zwischen Bankenkrise und Staatsschuldenkrise gekennzeichnet ist. Um diese in den Griff zu bekommen, muss die EZB als *lender of last resort* auf dem Staatsanleihen-Markt agieren. Das Problem der Staatsverschuldung muss durch die gemeinsame Verantwortung der Länder des Euroraums gelöst werden. Die Schulden sollten einer öffentlichen Prüfung (Audit) unterzogen werden.

4. Eine radikale Schrumpfung des Finanzsektors ist erforderlich. Dafür sollte eine Finanztransaktionssteuer eingeführt, spekulative Finanzgeschäfte abgeschafft und Kapitalbewegungen kontrolliert werden. Das Finanzsystem muss unter soziale Kontrolle gebracht werden. Es muss so umstrukturiert werden, dass es sozial und ökologisch nachhaltige, produktive Investitionen und Beschäftigung fördert.
5. Eine fundamentale ökologische Wende bietet einen Ausweg aus Europas Krise. Europa muss seinen ökologischen Fußabdruck und seinen Verbrauch von Energie und natürlichen Ressourcen reduzieren. Die europäische Politik muss neue Wege der Produktion und des Verbrauchs fördern. Ein großangelegtes, die Nachhaltigkeit förderndes Investitionsprogramm kann hochqualifizierte Arbeitsplätze schaffen, Kapazitäten in neuen innovativen Bereichen erweitern und vielfältige Möglichkeiten bieten, auf lokaler Ebene zu handeln, vor allem in Bezug auf die öffentlichen Güter.
6. Demokratie muss auf allen Ebenen in Europa erweitert werden. Während der Krise wurde die Macht auf europäischer Ebene auf wenige Staaten und auf Institutionen, die von niemandem zu Rechenschaft gezogen werden können, konzentriert. Diese Machtkonzentration muss rückgängig gemacht und die EU reformiert werden. Das Ziel ist eine stärkere Partizipation der Bürger, eine größere Rolle des Europäischen Parlaments und eine deutlich stärkere demokratische Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungen.

Angesichts der Gefahr eines Zusammenbruchs ist ein Kurswechsel in der europäischen Politik dringend notwendig. Ein Bündnis zwischen Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und progressiven politischen Kräften ist erforderlich, um Europa aus der von Neoliberalismus und Finanzwelt verursachten Krise zu führen. Das European Progressive Economists Network versucht, zu diesem Kurswechsel beizutragen.